

Hintergrundpapier 1/2010

Die »Volksgemeinschaft« – ein rechtsextremes Gesellschaftskonzept?

Rechtsextreme Parteien und Gruppierungen propagieren die »Volksgemeinschaft« als zentrale politische Alternative zur Demokratie: „Volksgemeinschaft statt Klassenkampf“ ist eine bei rechtsextremen Demonstrationen häufig anzutreffende Parole. In den zurückliegenden Jahren wurde diese von den so genannten Autonomen Nationalisten¹ im Kontext ihrer antikapitalistischen Agitation aufgegriffen und aktualisiert. Das Konzept einer „Gemeinschaft des Volkes“² wird dabei als Gegenbild zu einem von Rechtsextremen als Werteverfall diagnostizierten Prozess der Atomisierung des Individuums und der gesellschaftlichen Entfremdung entworfen.

Spektrrenübergreifend stellt die Idee einer »Volksgemeinschaft« eine ideologische Leitfigur für die inhaltliche Auseinandersetzung rechtsextremer Politikangebote mit der liberalen Demokratie dar. Welchen Charakter die antizipierte Gemeinschaft tragen soll, bleibt dabei jedoch diffus. Diese Unbestimmtheit sucht die Szene mit der Beschwörung eines Ideals zu füllen, die in der gewaltaffinen Rhetorik des Rechtsextremismus nur als Kampfgemeinschaft vorstellbar ist.

Der Begriff der »Volksgemeinschaft« an sich stellt in der extremen Rechten kein vollständig ausgearbeitetes Konzept zur Umgestaltung der Gesellschaft im Falle einer politischen Machtoption dar. Vielmehr ist er eine Chiffre politischer Kommunikation für die autoritäre und antiegalitäre Ideenwelt des Rechtsextremismus. Dabei sind der Begriff und seine Geschichte ebenso schillernd, wie politisch belastet,³ so dass er für unterschiedlich akzentuierte Interpretationen und Zuschreibungen rechtsextremer Politikansätze kompatibel ist.

Der Begriff der »Volksgemeinschaft« zielt vor allem auf die politische Indienstnahme jener in den ostdeutschen Bundesländern besonders hohen Zustimmungswerte zu Einstellungen, die von einer starken sozialen und damit verbundenen kulturellen Homogenität ausgehen.⁴ An das Alltagsbewusstsein wird die Idee einer »Volksgemeinschaft« dort anschlussfähig, wo das biographische, kollektive Narrativ der heute Fünfundvierzig- bis Fünfundsechzigjährigen Bürger/innen Ostdeutschlands den in der Erinnerung als stark apostrophierten sozialen Zusammenhalt des Lebens in der DDR hervorhebt.⁵ Dass und wie hierbei der durchherrschte Charakter der DDR-Gesellschaft ausgeblendet wird,⁶ gereicht Neonazis durchaus zum Vorteil. Nicht ohne Grund greift die sächsische NPD-Landtagsfraktion dort zustimmend auf rhetorische Figuren der autoritären Gemeinschaftsideologie der DDR zurück, wo es ihr um die Rückbindung ihrer am Nationalsozialismus orientierten Konzepte an durch die DDR geprägte Mentalitätsbestände der Ostdeutschen geht.⁷

Der Begriff der »Volksgemeinschaft« wird in der Öffentlichkeit zu Recht mit seiner Verwendung in der nationalsozialistischen Ideologie assoziiert. Er gehörte zu den zentralen Propagandaformeln des Nationalsozialismus. Die »Volksgemeinschaft« verhieß die Einebnung sozialer Standesunterschiede und mobilisierte in der Bevölkerung einen wachsenden Konsens mit den repressiven Maßnahmen des Regimes gegenüber politischen und weltanschaulichen Gegner/innen. Allerdings ist der ideengeschichtliche Horizont der Begriffsgeschichte weiter gespannt, als seine Verwendung durch die NS-Ideologie nahe legt.

Das vorliegende Papier geht den ideengeschichtlichen Ursprüngen und historischen Konzepten von »Volksgemeinschaft« nach, um danach jene Konnotationen und Kontexte zu analysieren, in denen der Begriff gegenwärtig von Neonazis verwandt wird.

¹ Mehr zu den Autonomen Nationalisten hier: Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e.V. (Hrsg.), *Die „Autonomen Nationalisten“ als Erscheinungsform des Rechtsextremismus*, Magdeburg/Halle (Saale) 2008. [www.miteinander-ev.de/index.php?action=download&id=56]

² Bruendel, Steffen, *Die Geburt der „Volksgemeinschaft“ aus dem „Geist von 1914“: Entstehung und Wandel eines „sozialistischen“ Gesellschaftsentwurfs*, in: *Zeitgeschichte-online*, Mai 2004. [www.zeitgeschichte-online.de/md=EWK-Bruendel]

³ Hartung, Günter, *Völkische Ideologie*, in: Puschner, Uwe (Hrsg.), *Handbuch zur 'Völkischen Bewegung' 1871-1918*, München u.a. 1996, S. 22-41.

⁴ Thumfart, Alexander, *Die politische Integration Ostdeutschlands*, Frankfurt am Main 2002, S. 778 -782.

⁵ Neller, Katja, *DDR-Nostalgie. Dimensionen der Orientierungen der Ostdeutschen gegenüber der ehemaligen DDR, ihre Ursachen und politischen Konnotationen*, Wiesbaden 2006, S. 249-251.

⁶ Kowalczyk, Ilko-Sascha, *Endspiel: Die Revolution von 1989 in der DDR*, 2. durchgesehene Auflage, München 2009, S. 31-34.

⁷ Räther, Dennis: *Die NPD und die Wiederentdeckung der sozialen Frage*, in: *Nautilus Politikberatung* (Hrsg.), *Die ostdeutsche Versuchung*, o. O., o. J. [www.nautilus-politikberatung.de/main/e107_files/downloads/die_ostdeutsche_versuchung.pdf]

»Volksgemeinschaft«: Herkunft und Wandel einer politischen Idee

Die »Volksgemeinschaft« ist kein von den Nationalsozialisten eingeführter Begriff. Bereits im Kaiserreich und verstärkt in der Weimarer Republik hatte sie in der Programmatik und politischen Agitation fast aller Parteien einen festen Platz. Doch der politische Gehalt des Begriffs wurde sehr unterschiedlich gedeutet. Die verfassungstragende Deutsche Demokratische Partei (DDP) und die Deutsche Volkspartei (DVP) verbanden mit »Volksgemeinschaft« die Idee eines die Interessengegensätze zwischen Stadt und Land, Ständen und Klassen integrierenden Republikanismus. Im Gegensatz zu den völkisch-radikalen Gruppen und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) verfügten republikanischen Parteien jedoch über „keine überzeugende Semantik für eine pluralistische (...) Gesellschaft.“⁸ Die Reichweite demokratischer Deutungsangebote blieb u. a. deshalb gering. Hingegen „vermittelten die Nationalsozialisten durch Propaganda (...) und Organisation den Eindruck, dass sie die Vision der »Volksgemeinschaft« zur unmissverständlichen Leitlinie ihrer Politik erhoben hatten (...).“⁹

In der Semantik und Programmatik der NSDAP war die Rede von der »Volksgemeinschaft« zugleich mit dem politischen Ziel der Exklusion politischer und weltanschaulicher Gegner verbunden. Das Parteiprogramm der NSDAP fasste dies in dem Satz zusammen: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist. (...) Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.“¹⁰ Der völkischen Rechten galt mithin nicht der *demos* als Inbegriff des Staatsvolkes sondern der *ethnos*.

Das Inklusionsversprechen der nationalsozialistischen »Volksgemeinschaft«, soziale Gegensätze zu homogenisieren, ist jedoch nicht mit der maßgeblich seit der Französischen Revolution von 1789 vertretenen Idee der Egalisierung gleichzusetzen, deren Intention die extreme Rechte im Konzept des Liberalismus und des Marxismus erkannt haben wollte. Weniger die Definition derer, die Teil der »Volksgemeinschaft« sind, galt die Aufmerksamkeit der NS-Ideologie, als vielmehr jenen, die in dieser der Exklusion als Gemeinschaftsfremde anheimfallen sollten. In der Konstruktion der »Volksgemeinschaft« als *ethnos*, also Blutsgemeinschaft, sind die Grenzen ihrer Integrationsfähigkeit benannt. Das derart als ethnisch definierte Kollektiv setzt im Namen des Blutes und der Schicksalsgemeinschaft die Normen des bürgerlich-liberalen Staates außer Kraft. Dem Charakter der nationalsozialistischen »Volksgemeinschaft«, wie ihn die rechtsextreme Szene zu aktualisieren sucht, sind die folgenden Elemente idealtypisch zuzuordnen.

„Deutsche Freiheit“ statt „Westliche Freiheit“

In der »Volksgemeinschaft« sieht die ideengeschichtliche Tradition der extremen Rechten das Spezifikum dessen verwirklicht, was sie unter „Deutscher Freiheit“¹¹ versteht. Diese zeichnet sich gegenüber der als abstrakt verstandenen westlichen Liberalität durch die paradoxe Einheit von Freiheit und Gebundenheit aus. Prägend für dieses Verständnis von Freiheit ist somit die Pflichtgebundenheit des Staatsbürgers an die Schicksalsgemeinschaft von Nation und Volk. So gilt derjenige als frei, dessen Selbstverständnis das des pflichtbewussten Gliedes der Gemeinschaft zur Mehrung des Gemeinwohls der Nation ist. Das Diktum von Ferdinand Tönnies' „Gemeinschaft und Gesellschaft“¹² richtet sich so in der ideengeschichtlichen Rezeption der extremen Rechten explizit gegen das Konzept der offenen Gesellschaft und die Tradition bürgerlicher Freiheitsrechte.¹³

⁸ Wildt, Michael, *Die Ungleichheit des Volkes*, in: Bajohr, Frank/Wild, Michael (Hrsg.), *Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main 2009, S. 24-40, hier S. 35.

⁹ 25-Punkte-Programm der NSDAP vom 24. Februar 1920, zitiert nach: www.dhm.de/leomo/html/dokumente/nsdap25/index.html, am 20.07.2010.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Zur Begriffsgeschichte der „Deutschen Freiheit“ von der Frühen Neuzeit bis in die Gegenwart vgl. Schmidt, Hans Jörg, „Die deutsche Freiheit“ *Geschichte eines kollektiven semantischen Sonderbewusstseins*, Promotionsschrift der Rijksuniversiteit Groningen vom 24. Mai 2007. [<http://dissertations.ub.rug.nl/FILES/faculties/arts/2007/h.j.schmidt/thesis.pdf>]

¹² Tönnies, Ferdinand, *Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie*, Neudruck der 8. Auflage von 1935, 3. unveränderte Auflage, Darmstadt 1991.

¹³ Für Tönnies bildeten die letztlich von Familienbanden getragenen Verbindungen der Gemeinschaft und die rational konstruierten Kontraktverhältnisse der Gesellschaft als Idealtypen gemeinsam die Grundpfeiler menschlichen Zusammenlebens. Die nationalsozialistische Rezeption verwarf Tönnies, bezugte aber zugleich seinen (unfreiwilligen) Beitrag, indem er zwei Jahre vor seinem Tod

In Abgrenzung zur als „westlich“ und „zivilisatorisch“ und damit als den Deutschen nicht wesensgemäß denunziert, wird die „Deutsche Freiheit“ hier als eine innere verstanden; als Freiheit zu dienen, nicht als Freiheit im Sinne der individuellen Bürgerrechte.

Kameradschaft statt Gleichheit

Kameradschaft gilt der rechtsextremen Szene in der Tradition der NS-Ideologie als soziale Mobilisierungs- und Identitätsressource: Schließlich sei der Nationalsozialismus aus der Kameradschaft der Schützengräben des 1. Weltkriegs geboren.¹⁴ Die Kameradschaft erscheint als Gesinnungs- und Erlebnisgemeinschaft, die als Vorwegnahme der »Volksgemeinschaft« imaginiert wird. Ihr Ausgangspunkt ist nicht die Individualität und Gleichheit aller, sondern die Dienstgemeinschaft aller am Vaterland. Da die Szene sich am „Führerprinzip“ orientiert, gilt ihr die Beachtung der von ihr als biologisch-sozial „natürlich“ definierten Hierarchie gegenüber der „Gleichmacherei“ des demokratischen Legitimationsprinzips als essentiell. Die rechtsextrem determinierte Kameradschaft zielt nach innen mitnichten auf die Schaffung von Egalität, sondern auf die Auslese einer zur Führung berufenen Elite bzw. auf die klar umrissene Gefolgschaft aller nicht Führenden – bis hin zu unbedingtem Gehorsam zum Führer Adolf Hitler.

Im Kampf, also in der Konfrontation mit dem als Feind konstruierten politischen und weltanschaulichen Gegner, konstituiert sich die Kameradschaft als Kampfgemeinschaft. Ihre vitalistische Existenzform bedarf der ständigen Erneuerung durch die, die Gemeinschaft konstituierende politische Tat.

„Nationaler Sozialismus‘ statt ‚Brüderlichkeit“¹⁵

Als ein weiteres Element der antizipierten »Volksgemeinschaft« galt die Gemeinwohlorientierung. Im bereits zitierten NSDAP-Programm heißt es apodiktisch: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“.¹⁶ Von diesem Standpunkt aus geißelt die NS-Ideologie den „Handelsegoismus“ des raffenden Kapitals, welches nicht dem Gemeinwohl diene. Diese Formel denunziert jene Interessen, die sich der Unterordnung unter das Primat der Nation entziehen, als illegitime Partikularinteressen, die der Gemeinschaft schaden. Nationaler Sozialismus wird hier als „nationale Arbeitsgemeinschaft“ zu Gunsten des „Gemeinwohls“ verstanden, in dem Interessengegensätze vorgeblich integriert sind.

Diese Formel enthält die Exklusion also bereits: Wer der völkisch definierten Gemeinschaft qua „Rasse“, Weltanschauung oder mangelnder Arbeitskraft nicht angehört, ist aus ihr ausgeschlossen.

Den ideologischen Kern dessen, was in der NPD als Quelle des Nationalen Sozialismus angesehen wird, formulierte der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel im historischen Kontext zur nationalistischen Mobilisierung des 1. Weltkrieges so: „Die Ideen von 1914‘ wurden den liberalistischen Unwerten von 1789 entgegengesetzt. In Deutschland begriff man den Krieg von Anfang an als Kampf der Werte und Lebensanschauungen: deutsche Kultur stand gegen westliche Zivilisation und ‚Helden gegen Händler‘ (Werner Sombart).“¹⁷ Gansels positive Bezugnahme auf die gemeinschaftsstiftende Kriegsideologie des Kaiserreiches setzt den Duktus der später als „Frontsozialismus“ bezeichneten sozialen Formierung und Mobilisierung der Deutschen fort, und stellt diese als Vorbild für die von der NPD erstrebte antiliberale Umgestaltung der Gesellschaft nach dem Führerprinzip dar.

an seinen Sohn Gerrit schrieb: „Einige sagen (...), es sei der Erfolg meiner Theorie von Gemeinschaft und Gesellschaft, der in der NS-Ideologie vorliege, und es ist dafür einiger Grund vorhanden.“ Vgl. Ferdinand Tönnies, zitiert in: Käsler, Dirk, Erfolg eines Mißverständnisses? Zur Wirkungsgeschichte von „Gemeinschaft und Gesellschaft in der frühen deutschen Soziologie, in: Clausen, Lars/Schlüter, Carsten (Hrsg.), Hundert Jahre „Gemeinschaft und Gesellschaft“. Ferdinand Tönnies in der Internationalen Diskussion, Opladen 1991, S. 517-526, hier S. 526.

¹⁴ Josef Goebbels, zitiert in: Höft, Albert, *Das neue Deutschland im Werden: Bausteine für den Nationalpolitischen Unterricht an den Wehrmacht-Fachschulen, herausgegeben im Auftrag des Reichskriegsministeriums von Valentin Beyer, Berlin 1935.*

¹⁵ Bruendel, Steffen, *Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, Berlin 2003, S. 118.*

¹⁶ 25-Punkte-Programm der NSDAP vom 24. Februar 1920, zitiert nach: www.dhm.de/lemo/html/dokumente/nsdap25/index.html.

¹⁷ Gansel, Jürgen, *Der Kaiser kannte nur noch Deutsche, in: Deutsche Stimme Nr. 8/2009, S. 22.*

[www.deutsche-stimme.de/ds/?p=1933]

»Volksgemeinschaft« als politisches Ziel im Aktionsprogramm der NPD

Das Aktionsprogramm der NPD, das die Ideologie und politische Strategie in einer Kurzfassung präsentiert, führt in seinem Einleitungskapitel die Volksgemeinschaft als Ziel des politischen Handelns der Partei an:

„Die zentralen Elemente der Gemeinschaftspolitik der NPD lauten daher: Schluss mit der gemeinschaftszerstörenden Propaganda! - Wird die Gemeinschaft zerstört, wird auch der Mensch zerstört. - Sprache, Kultur und Brauchtum sind zentrale Bestandteile menschlicher Identität. Der Staat hat diese zu fördern und nicht durch multikulturellen Wahnsinn zu vernichten (...)!“¹⁸

Im Klartext: die NPD und die mit ihr verbündeten neonazistischen Organisationen sehen die Wiederherstellung ethnischer und kultureller Homogenität als ein Staatsziel an, hinter dem der Schutz der Grund- und Freiheitsrechte, die Legalitätsprinzipien des Rechtsstaates und der Gewaltenteilung zurückstehen müssen.

Die Volksgemeinschaft entsteht für die NPD durch „gemeinsame Abstammung, Geschichte, Sprache und Kultur (...), mit der sich der Mensch identifizieren kann und deren Bestandteil er ist. Durch das Eindringen zu vieler Fremder wird diese Gemeinschaft zerstört.“¹⁹ Die Partei folgert darum klar: „Der multikulturelle Wahnsinn, der vom herrschenden Parteienkartell betrieben wird, ist somit als gezielter Angriff auf die Volksgemeinschaft zu bewerten.“²⁰

Dieses programmatische Statement geht über eine Paraphrase des Rassismus hinaus. Als gemeinschaftszersetzend machen die Autoren nicht nur „das Eindringen zu vieler Fremder“²¹ aus. Vielmehr zielen die Verfasser mit ihrem rassistischen Bekenntnis auf die Demokratie als eigentliche Feindin der »Volksgemeinschaft«. Die als „Parteienkartell“ denunzierte Demokratie wird für die Zerstörung der Gemeinschaft verantwortlich gemacht. Derart begründet, spricht das Aktionsprogramm die Grenzen der von der NPD geforderten sozialen Gerechtigkeit offen aus: „Aus sozialer Gerechtigkeit und dem Solidarprinzip erwächst die ethnisch homogene Volksgemeinschaft. Sozialpolitik bedeutet nach unserer Auffassung die Solidarität des Volkes mit seinen Angehörigen.“²²

Diese exklusive Solidarität gilt nur jenen, die gemäß der Definition der NPD zum deutschen Volk, also zur »Volksgemeinschaft« gehören. Die angestrebte »Volksgemeinschaft« erscheint zugleich als schützendes Bollwerk gegen die im Weltbild der Rechtsextremen mit dem Multikulturalismus eng verknüpfte Globalisierung, die einen Ausverkauf der Mechanismen nationaler Solidarität erzwingt. „Globalisierung ist das Bestreben des internationalen Kapitalismus, möglichst einheitliche, den Gewinn steigernde Rahmenbedingungen (...) zu schaffen, die eine „Zerstörung eigenständiger, regionaler und nationaler Lebens- und Wirtschaftsformen“²³ verursache. Dem setzt die NPD eine Ethnisierung des Sozialen und einen wirtschaftlichen Protektionismus entgegen, der die »Volksgemeinschaft« vor dem Zugriff des internationalen Kapitalmarktes schützen soll.

Fazit

Der Begriff der »Volksgemeinschaft« stellt im ideologischen Konzept des organisierten Rechtsextremismus dort einen Schlüsselbegriff dar, wo es um den Entwurf der Zukunft in einer völkischen Nation geht. Als Sozialutopie verspricht das Konzept der »Volksgemeinschaft« eine gesamtgesellschaftliche Integration und die Aufhebung innerer Interessensgegensätze. In diesem Rahmen widerfähre den Angehörigen der »Volksgemeinschaft« eine standes- und wesensgemäße Gerechtigkeit, die an die Stelle von Atomisierung und des Zerfalls sozialer Bindungen in der liberalen Ordnung stehe.

¹⁸ Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) – Bundesvorstand (Hrsg.), *Aktionsprogramm für ein besseres Deutschland*, Berlin 2006, S. 12.

¹⁹ Ebenda, S. 13.

²⁰ Ebenda.

²¹ Ebenda.

²² Ebenda, S. 14.

²³ Artikel „Volksgemeinschaft“, in: *Taschenkalender des Nationalen Widerstands. Das kleine Lexikon politischer Grundgriffe*, Riesa 2006, o.S.

Die Bedeutung und Reichweite des Begriffs »Volksgemeinschaft« geht über die ideologische Selbstverortung der rechtsextremen Szene dort hinaus, wo es den Protagonisten durch die Thematisierung exemplarischer politischer Konfliktfelder gelingt, an das soziale, kulturelle und ethnische Homogenitätsbedürfnis jener Teile der Bevölkerung anzuknüpfen, die sich durch Prozesse gesellschaftlicher Desintegration verunsichert sehen, und um ihren sozialen Status ebenso bangen, wie um die Homogenität ihres soziokulturellen Kontextes. Damit gestaltet er sich insbesondere für jene als anschlussfähig, die den in der Erinnerung als stark apostrophierten sozialen Zusammenhalt des Lebens in der DDR für sich als weiterhin wichtig ansehen. Der dem Begriff inhärente positive Bezug auf eine integrierende Gemeinschaft der Ungleicheren als Form sozialen Zusammenhalts stellt eine Alternative zur als Bedrohung wahrgenommenen Individualisierung durchaus eine Attraktivität dar, die jedoch der politischen Konkretion bedarf.

Allerdings wird die politische Reichweite des Begriffs durch seine enge Bindung an die Terminologie des historischen Nationalsozialismus begrenzt. Gelingt es der extremen Rechten jedoch, den ideologischen Kern der Volksgemeinschaftsideologie in schlüssigen Sprachbildern lebensweltnah und kampagnenorientiert zu aktualisieren, so könnte der Begriff vor dem Hintergrund des wachsenden gesellschaftlichen Krisenbewusstseins²⁴ einen Resonanzraum gewinnen, in welchem er als legitime Deutungsantwort auf die Abstiegsängste in der Bevölkerung erscheint.

Literaturhinweise:

- Bajohr, Frank/Wild, Michael (Hrsg.), Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2009.*
- Bude, Heinz (Hrsg.), Exklusion. Die Debatte über die Überflüssigen, Frankfurt am Main 2007.*
- Bruendel, Steffen, Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, Berlin 2003.*
- Bruendel, Steffen, Die Geburt der ‚Volksgemeinschaft‘ aus dem ‚Geist von 1914‘. Entstehung und Wandel eines ‚sozialistischen‘ Gesellschaftsentwurfs, in: Zeitgeschichte-online, Mai 2004.
[www.zeitgeschichte-online.de/md=EWK-Bruendel]*
- Räther, Dennis: Die NPD und die Wiederentdeckung der sozialen Frage, in: Nautilus Politikberatung (Hrsg.), Die ostdeutsche Versuchung, o. O., o. J.
[www.nautilus-politikberatung.de/main/e107_files/downloads/die_ostdeutsche_versuchung.pdf]*
- Puschner, Uwe (Hrsg.), Handbuch zur ‚Völkischen Bewegung‘ 1871-1918, München u.a. 1996*
- Zentrum Demokratische Kultur (Hrsg.): Volksgemeinschaft gegen McWorld: Rechtsintellektuelle Diskurse zu Globalisierung, Nation und Kultur, Düsseldorf 2003.*

²⁴ Bude, Heinz (Hrsg.), *Exklusion. Die Debatte über die Überflüssigen*, Frankfurt am Main 2007.

Zu den Hintergrundinformationen der Arbeitsstelle Rechtsextremismus

Die Hintergrundinformationen der Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e. V. erscheinen in loser Folge. Sie decken aktuelle Themen und Begrifflichkeiten des modernen Rechtsextremismus ab.

Die Arbeitsstelle Rechtsextremismus ist ein Teilprojekt des Vereins Miteinander e. V. Durch die Arbeitsstelle werden Informationen zum Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus für die interessierte Öffentlichkeit und die Beratungsarbeit des Vereins aufbereitet.

Der gemeinnützige Verein Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V. setzt sich für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus ein. Wir arbeiten gegen Rassismus, Antisemitismus und alle anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die zu Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt führen. Ein besonderes Anliegen ist uns die Stärkung demokratischer Akteur/innen der Zivilgesellschaft und nicht-rechter Jugendlicher sowie die Unterstützung von Opfern rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.

Wir sind in den Handlungsfeldern der Analyse, Beratung, Unterstützung und (Jugend)- Bildung tätig mit dem Ziel, einen Beitrag zur Demokratisierung der Gesellschaft in Sachsen- Anhalt zu leisten. Die besondere Qualität unserer Arbeit liegt darin, aus einem breiten Methoden- und Beratungsspektrum auf die jeweils spezifischen Problemlagen zugeschnittene Angebote zu entwickeln. Von unseren Bildungs- und Beratungsangeboten profitieren sowohl Jugendliche als auch Erwachsene. Der Verein engagiert sich in der Jugend- und Erwachsenenbildung, der Gemeinwesenarbeit, der Beratung von Zivilgesellschaft und kommunalen Akteur/innen sowie der Opferhilfe.

Miteinander e. V.
Arbeitsstelle Rechtsextremismus Magdeburg
David Begrich
Erich-Weinert-Straße 30
39104 Magdeburg
Tel.: 0391-6207759
begrich.gs@miteinander-ev.de

Miteinander e. V.
Arbeitsstelle Rechtsextremismus Halle
Torsten Hahnel
Platanenstraße 9
06114 Halle (Saale)
Tel.: 0345-2267456
hahnel.rzs@miteinander-ev.de

Angaben zum Hintergrundpapier 1/2010

Autor:	David Begrich
Redaktion:	Torsten Hahnel, Sebastian Striegel
Redaktionsschluss:	26.07.2010
Zitierempfehlung:	Arbeitsstelle Rechtsextremismus bei Miteinander e.V. (Hrsg.), Die »Volksgemeinschaft«. Ein rechtsextremes Gesellschaftskonzept? Hintergrundpapier 1/2010, Magdeburg/Halle (Saale) 2010.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



SACHSEN-ANHALT
Ministerium für
Gesundheit und Soziales

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie - Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ und mit Mitteln des Ministeriums für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt.